



# ZEITUNGSBLATT

Weltfeste, unparteiische Zeitung des Industriebezirks, bewährtestes Anzeigenblatt

Der "Wanderer" erscheint werktäglich, mittags. — Bezugspreis: In Deutsch-Oberschlesien monatlich Mark 2,70, in Poln.-Obersch. monatlich 2,70, im Korans jahrl. 2,70, im Korans jahrl. 2,70, in Polnisch-Oberschlesien 2,70. — Durch die Post bezogen monatlich 2,70 GM, in Polnisch-Oberschlesien 2,70. — Briefe freibleiben. — Betriebsförderungen, herverursacht durch höhere Gewalt, schüttet 4,- GM pro %.

Anzeigenpreise: In Deutschland-Oberschlesien die einhältige mm-Seite 0,10 GM, im Reklameteil 0,40 GM für auswärtige Anzeigen die einhältige mm-Seite 0,125 GM, im Reklameteil 0,50 GM. — Amliche, Finanz- und Seelsmittelanzeigen im Industriebezirk 0,20 GM, amliche Anzeigen auswärtig 0,30 GM. — In Polenisch-Oberschlesien die mm-Seite 0,10 bzw. 0,40 Zloty. — Angebots- und Auskunftsvermittlung 0,10 GM. — Beilagen schüttet 4,- GM pro %.

Bei gewöhnlicher Mitwirkung, bei Absatz oder bei Konkurrenz fällt jede Rabattbewilligung fort.

## Das Komödienpiel im Preußenhaus

Dr. Marx mit einer Stimme Mehrheit zum Ministerpräsidenten gewählt

Cb. Berlin, 11. März. (Eig. Bericht.) Marx Wiederwahl als preußischer Ministerpräsident erfolgte gestern mit nur einer Stimme Mehrheit. Die Aussichten für das Vertrauenstum haben sich aber verschlechtert. Severing soll in dem neu zu bildenden Kabinett nicht wieder als Minister in Erscheinung treten. Bereits für Morgen wird die Vorstellung des Kabinetts und die Regierungserklärung erwartet. Am Freitag soll das Haus über Vertrauen oder Misstrauen entscheiden.

### Der Eisenbahnerstreit

ss Gleiwitz, 11. März.

Am heutigen Mittwoch finden die entscheidenden Verhandlungen zwischen der Sitzung der Reichsbahnleitung und den streikenden Güterbodenarbeiter statt. Was hat der neu ausgebrochne Eisenbahnerstreit zu bedeuten? Nur ein erfahrener Beobachter wird auf den Güterabfertigungsstellen der Bahnhöfe erkennen, daß nur Vertreter der Deutschen Reichsbahn eine empfindliche Störung eingetragen ist. In Berlin z. B. stehen weder Streitposten herum, noch ist ein größeres Postzulaufangebot zu vernehmen. Bedingt durch die Güterarbeiter haben ihre Arbeitsstellen verlassen und hatten in den Stellstellen, wo die Agitatoren der Kulturdiktaturen Verbündete ihrer politischen Beschränkungen halten, oder zu Hause auf das Ende, das da kommen wird. Der dem Streikampf fernstehende darf nicht übersehen, daß sich der Eisenbahnerstreit mit Hilfe der nicht am Streik beteiligten Arbeiter und Beamten reibungslos abgewunden hat. In den Betrieben sind es jetzt in denen die Atomarbeiter gefordert, betreut und beschmiert werden, daß nicht nur das laute Ziel der Arbeit, auch der Frachtdiktatur ist geprägt. Informationen kommen sie in den Sicherheitsämtern der Expeditionen grobe Mengen von Spionen an, die nichts weiter befürchtet werden. Nicht minder bedeutsam gehören zu den Ergebnissen. Dauert aber der Streik der Güterbodenarbeiter lange, so drückt die allgemeine Störung auch auf die Eisenbahnen. Das ist für die Lebensmittel im Augenblick der kalten Witterung keine Gesahr. Aber es kann bei Ansteigen der Temperatur zur Gefahr werden. Der Nationalerverband deutscher Berufsverbände hat mit Recht in seinem Handschreiben darauf hingewiesen, daß der Eisenbahnerstreit unter Umständen für das ganz deutsche Volk neues Elend und neue Zeuerung, schließlich höhere Tarife und neue Inflation mit sich bringen kann.

Wie ist es in dem Konflikt gekommen? Man muß beim Streik unterscheiden zwischen dem äußersten Unrat und den tieferen Ursachen. Der Unrat war, wenigstens in Berlin, die Beliebung des Reichspräsidenten Ober. Die Arbeiter, auch die Werkstättenarbeiter, hatten zur Ehre des Regierungskabinetts eine Betriebspause von 5 Minuten eingelegt. Die Reichsbahngesellschaft konnte sich aus Sicherheitsgründen der Betriebspause offiziell nicht anschließen, und untergeordnete Stellen haben den Arbeitern zugestanden, „zur Strafe“ für die fünf Minuten einen Halbstundentag abzogen. Das machte böses Blut. Die Generaldirektion befahl Nachahmung der Maßregel. Wer es war schon zu spät: Der Unrat brach bereits los.

Die tieferen Ursachen des Streiks: Die Reichsbahn ist auf Befehl der Entente ein Goldmannlein geworden, das ungewisse Reparationsverpflichtungen abzutragen hat. Statt die Produktion zu steigern und den Betrieb zu erweitern, ist die Reichsbahn zu einem immer härteren Abbau übergegangen. Sie verlangt von dem eingeschränkten Personal höhere Arbeitsleistung, längere Arbeitszeit und stemmt sich gegen die von den Arbeitern verlangte Erhöhung der Löhne. Das mußte bei den letzten Tarifverhandlungen zum 1. April zu schweren Auseinandersetzungen führen, bei denen der Deutsche Eisenbahner-Verband, einer in der Form durchaus gerechte Personalausgleichung, immer stärker in den Vordergrund trat. Der Generaldirektor will zunächst nur über Erhöhung der Oberslohnablagen ab 1. März verhandeln. Die Gewerkschaften bestehen auf der Forderung einer allgemeinen Zuschlagsabnahme ab 1. März. Generaldirektor Ober folgt einer gemeinschaftlichen Kommission zur Beratung, „etwa bestehender Löhne in der Dienstdauer“ vor. Die Gewerkschaften verlangen Abschaffung des Arbeitsdiensts und Wiedereinführung der achtständigen Arbeitszeit.

So stehen sich die sozialen Parteien der Arbeit in der Reichsbahn entschlossen gegenüber. Die Unterbeamten weigern sich mit Recht auf den meistens Bahnhöfen, den Dienst der Güterarbeiter zu tun. Die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnerbeamten will abwarten, steht aber in voller Sympathie an der Seite der streikenden Verbände. Das Wohl der deutschen Wirtschaft fordert, daß die kämpfenden so morgen so rasch wie möglich einigen. Diese Mahnung muß in erster Linie an die Reichsbahn-Gewerkschaft gerichtet werden. Ein Kompromiß wäre eine Katastrophe für alle Stände und Gewerbe, für die politische Lage und den Frieden im Innern.

### Die zweifelhafte Einheitsfront

Cb. Berlin, 11. März. (Privattelegr.) Der Auftrag der Demokraten an die Rechtsparteien, einen gemeinsamen Kandidaten in der Person des Reichsgerichtspräsidenten Simons aufzustellen, hat in sozialistischen Kreisen ungeheure Erregung hervorgerufen. Deutlich spricht die Recht im Vorwärts es aus, daß die neue Schwierigkeit der Demokraten die Sozialdemokraten im Reiche und in Preußen zwingen wird, ihre Taktik in den Parlamenten, die bisher nie gegen die Demokraten gerichtet war, neu einzustellen.

TU. Berlin, 11. März. Wie die TU. erfahren, deutchnationaler Persönlichkeiten ist man auf dieser Seite nicht bereit, sich in solche Verhandlungen einzubringen, nachdem die Einigung der gesamten Reichspräsidentenkandidatur keine Aussicht auf Verwirklichung hat. Nach Auskunten führender

### Der Böllerbundesantrag

Cb. Genf, 11. März. (Eig. Ber.) Chamberlain hat gestern nachmittag eine private Besprechung mit Venizelos und Briand über die Beantwortung der Anträge gehabt, welche wegen des Einschlusses in den Böllerbund. Dennoch fand eine geheime Sitzung des Böllerbundsrates statt. Am Abend war der deutsche Geist aus Bern bei Chamberlain.

### Ein Beamten-Rabbinett?

Berlin, 11. März. (Eig. Ber.) Wie wir hören, wird Herr Marx seine Bemühungen zur Regierungsbildung jetzt auf anderer Grundlage als bisher vornehmen. Marx will seinen politischen Ruf nicht in einer Bemerkungstatte ausspielen, und wird deshalb versuchen, ein reines Beamtenkabinett ohne Einziehung von Parlamentariern zu schaffen, gegen das auch die Rechtsparteien sich nicht wenden könnten. Die Stellungnahme soll zu gleicher Zeit auch noch rechts und nach links vor sich gehen, um eine breite parlamentarische Basis für dieses Kabinett zu sichern.

### Weiterung des Wohnungsgesetzes

TU. Berlin, 11. März. Im Reichstagsausschuss für Wohnungswesen wurde ein Antrag der Demokraten und des Zentrums angenommen, die Reichsregierung zu ersuchen, dem Reichstag bis spätestens Ende April Gesetzentwürfe zur Änderung des Schmiedietengesetzes, des MieterSchutzgesetzes und Wohnungsmangelgesetzes vorzulegen, unter Verwendung der vom Reichswirtschaftsrat herausgegebenen Verteilung.

### Goldankäufe Deutschlands

TU. New York, 11. März. In diesen Finanzkreisen erklärt man, daß die deutsche Regierung entgegen anders lautenden Meldungen in der Frage der Sicherungsproblems Meinungsverschiedenheiten ergeben haben. Belgien setzt den Ansicht, daß ein Sicherungspakt der Weltmächte unter Einfluß Deutschlands nicht an der Haltung Polens scheitern dürfe. Symanz soll darauf hingewiesen haben, daß in Belgien die Übereinstimmung vorherrsche, daß die übertriebene Rücksichtnahme auf Polen die leichte Sicherung Westeuropas erschüttern.

### Besatzungs-Abbau

Cb. Köln, 10. März. Seit gestern früh 8 Uhr sind die englischen Bahnhofskontrollen auf den Stationen Remscheid-Lennep, Engelskirchen, Grevenbroich und Goch offiziell aufgehoben worden. Es besteht auf den genannten Bahnhöfen nur noch eine Nebenabfahrt für etwaige Gruppentransporte.

### Deutsche Pilger beim Papst

Cb. Rom, 11. März. Der Papst hat gestern die deutschen Pilger in Audienz empfangen und den Organisationen der Pilgerjüge und den freundlichen Gottesdienstern der Pilger in Rom in herzlichen Worten eine Anerkennung ausgesprochen.

### Davies zum Europäischen Frieden

Rotterdam, 11. März. (Eig. Ber.) Der Cou- rante meldet aus New York: Vizepräsident Davies hat sich in der New Yorker Handelskammer über die Wirkungen des Davessianen ausführlich ausgetauschen. Davies sagte, daß die Erfüllung des Planes den Frieden in Europa verdrängen müsse. Der wirtschaftliche Wiederaufbau Europas habe die Wirkung zur Voraussetzung und Amerika erwartet, daß die beiden Mächtigkeiten Frankreich und Polen bald Beweise ihrer friedlichen Gesinnung für die Herstellung des Friedens in Europa geben möchten.

### 210 Millionen Kredite

(C) Genf, 11. März. (Privattelegramm) Der Herald meldet aus New York: Nach Angabe des Bankhauses Morgan haben die deutschen Kreiditverpflichtungen an die Vereinigten Staaten 210 Millionen Dollar erreicht.

### Belgiens Sonderstandpunkt

Paris, 11. März. Chicago Tribune will erfahren haben, daß sich zwischen Hertiot und Symanz entgegen anders lautenden Meldungen in der Frage des Sicherungsproblems Meinungsverschiedenheiten ergeben haben. Belgien setzt den Ansicht, daß ein Sicherungspakt der Weltmächte unter Einfluß Deutschlands nicht an der Haltung Polens scheitern dürfe. Symanz soll darauf hingewiesen haben, daß in Belgien die Übereinstimmung vorherrsche, daß die übertriebene Rücksichtnahme auf Polen die leichte Sicherung Westeuropas erschüttern.

## Der Kampf der Eisenbahner

Keine Unterstützung der Beamtenverbände — 18 Streiführer gemäßregelt

Cb. Berlin, 11. März. (Eig. Ber.) Im Eisenbahnerstreit hat die Weigerung der Beamtenverbände, den Streik zu unterstützen, das Schicksal des Ausstandes besiegt. Selbst die Berliner Betriebsräte machen ihre aktive Unterstützung von der vorherigen Teilnahme der Beamtenchaft abhängig. In Berlin hat die Reichsbahn 18 Streifführer

TU. Berlin, 11. März. Die B. J. meldet aus Berlin: Wie wir hören, wird sich heute der Verhandlungsausschuss des Reichstages mit der Streikbewegung beschäftigen. Reichs-

### Deutscher Reichstag

Am Regierungstag. Reichsinnenminister Schiele.

Präsident Loree eröffnet die Sitzung um 2,20 Uhr. Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Beratung des Gesetzesentwurfes über die Stellungnahme des Reichspräsidenten.

Aba. Graf Westarp (D. N.) erläutert, daß seine Freunde der Vorlage ausstimmen, weil der höchste Zuständigste des Reiches mit der Stellungnahme betraut wurde.

Aba. Brünninghausen (D. C.) gibt eine gleich Erklärung ab und beteuert, daß durch den Vorschlag der Demokraten die Person des Reichspräsidenten in die politische Debatte eingezogen werden sei.

Aba. Koch-Weser (Dem.) erwidert, daß auch die Zustimmung seiner Freunde keine Vorbedingung für die endgültige Wahl des Reichspräsidenten haben soll. Es sei aber kein Grund vorhanden, den Reichspräsidenten und den Reichsministern entstandenen Kosten auf den genannten Bahnhöfen aufzuladen.

Ebenfalls verabschiedet wird der Gesetzentwurf zur Annahme und Übernahme der durch das Abkommen des Reichspräsidenten entstandenen Kosten auf das Reich.

Zur ersten Sitzung gestellt werden dann die Gesetzentwürfe über das Genfer Übereinkommen und das Vereinsrecht der landwirtschaftlichen Arbeiter und die Entschädigung der Landarbeiter bei Arbeitsunfällen.

Die Vorlage wird darauf dem sozial-politischen Ausschuß überwiesen.

Zur Kenntnis genommen wird das Wasser- und Elektrizitätsgesetz, das die beiden Mächtigkeiten Frankreich und Polen bald Beweise ihrer friedlichen Gesinnung für die Herstellung des Friedens in Europa geben möchten.

### Der Justizhaushalt

Die zweite Sitzung des Haushaltsschusses des Reichsjustizministeriums wird fortgesetzt. Dr. Röhrs (Rom.) berichtet über die Ausschüsseverhandlungen. — Der Redner erstattet einen stark einseitig gefärbten Bericht, sodass von den bürgerlichen Parteien keine Kritik vorgenommen werden wird und der Vizepräsident ihn ernennen muss, nicht umwähre Dinne zu berichten.

Aba. Dr. Levi (Soz. Dem.) fordert Beseitigung der letzten Justizreform des Konsolidierungsministers Eisinger, die nur eine Verstärkung des Betriebes zur Folge gehabt habe. Der Redner erläuterte, er habe zur Reichsregierung nicht das Vertrauen, doch sie das Reich als solchen berürzte habe, und die Rechtspolitik ihn ernennen muss.

Aba. Dr. Barth (D. N.) weist die Vorwürfe gegen den Richter zurück. Gegenüber der Verherrlichung Niedersachs durch die Linke ist festzustellen, daß der demokratische Abg. Müller-Kettner betont habe, daß Reichenbach ein Landesrichter sei und bleibe, und auch das Reichsgericht

sofort berürzte haben würde. — Die Justiz darf nicht herabgedeutigt werden zur Dienstler der jeweiligen herrschenden Partei, denn das sei in der Tat das Ende einer unparteiischen Rechtsprechung. Die Deutschen wollen die alten Liberalismus gegen die Demokraten, die sie heut verlieren. (Nur die bei den Demokraten) In seiner Zeit war die Unabhängigkeit der Gerichte so notwendig, wie gerade jetzt.

Aba. G. Kämpe (wirtschaftl. Vereinigung) hebt hervor, daß die Rechtsprechung nicht nach Volks-